



Interview: Tim Schanetzky

Bescheidenheit und Hybris

BpB: Herr Schanetzky, in Krisensituationen suchen Menschen nach Handlungsmustern und Erklärungen. Kann man aus wirtschaftshistorischer Perspektive, mit Blick auf die Geschichte von Wirtschaftskrisen, Hilfe leisten?

TS: Hier ist Bescheidenheit angebracht. So verständlich der Wunsch nach einer Positionsbestimmung durch Vergleich und Prognose ist: Empirisch ist die wirtschaftshistorische Rekonstruktion früherer Krisen problematisch, und noch schwieriger sind daraus Schlüsse für Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Konjunkturgeschichte beruht schon aufgrund der Datenlage bis weit in das 19. Jahrhundert hinein zumeist auf Schätzungen, oft vor dem Hintergrund einer bestimmten normativen Sicht. Auf einer Zeitachse X können wir zwar bestimmte Momentaufnahmen wie Insolvenzen, Börsenstürze oder Innovationen in den letzten 200 Jahren markieren (LINK ZUM DIAGRAMM), jedoch ist es empirisch kaum möglich, die Effekte auf der Y-Achse präzise darzustellen oder sie gar zu verallgemeinern. Die jüngsten Erfahrungen unterstreichen überdies, wie verzerrt die Wahrnehmung von Krisen ablaufen kann. Schauen Sie auf den Zusammenbruch von Lehman Brothers. Er löste zwar eine Panikreaktion aus und setzte eine weltweite Kettenreaktion in Gang, stand aber entgegen der öffentlichen Wahrnehmung nicht am Beginn der eigentlichen Krise. Schwierigkeiten auf den Immobilien-, Hypotheken- und Rohstoffmärkten hatte es schon anderthalb Jahre zuvor gegeben, und auch die Konjunktur befand sich im September 2008 längst im Abschwung. Wissenschaftliche Berater warnten schon 2007 vor einer weltweiten Bankenkrise.

BpB: Inwieweit können uns Theorien über wirtschaftliche Zyklen helfen, das Gesamtbild besser zu verstehen?

TS: Wir können sicher einen idealtypischen Krisenverlauf beschreiben, der immer wieder zu beobachten ist: Krise bezeichnet dabei den häufig schockartigen Wendepunkt am Ende einer Hochkonjunktur, die bereits von starken wirtschaftlichen Ungleichgewichten wie Preisblasen oder Kapital-

mangel geprägt ist. Oft wird dieser Umbruch vom Vertrauenslust an den Finanzmärkten ausgelöst. Darauf folgt ein Abschwung, ein unterer Wendepunkt, ein Wiederaufstieg, schließlich eine erneute Hochkonjunktur, so dass sich insgesamt eine zyklische Wellenbewegung ergibt. Über die Bestimmung der genauen Form dieser Wellen und ihrer Ursachen wird aber seit je gestritten. So wird zum Beispiel zwischen Konjunkturzyklen mittel-langer Dauer (Juglar-Zyklen), kürzeren Investitionszyklen der Unternehmen (beschrieben durch Kitchin), Lebenszyklen von Wirtschaftssektoren und technologischen Innovationszyklen unterschieden. Kondratjew hat sogar Wellenbewegungen zu erkennen geglaubt, die ein halbes Jahrhundert umfassen (LINK ZUM DIAGRAMM). Zudem gibt es Modelle, die versuchen, die Relation von Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung zu beschreiben (Kuznets).

BpB: Inwiefern sind aus theoretischen Modellen wie diesen denn überhaupt konkrete Schlüsse zu ziehen?

TS: Genau diese Schwierigkeit ist ja derzeit mustergültig zu beobachten. Die meisten Presseartikel, Essays und Bücher fragen, in welchem Abschnitt eines idealtypisch verstandenen Krisenablaufs wir uns im Moment befinden. Und auch die Marktteilnehmer – Sparer, Investoren, Regierungen – schätzen ihre Risiken anhand dieser Überlegung ein. Weil die Lage aber unklar ist, folgen daraus Unsicherheiten. Politik kann Entscheidungen unter Verweis auf Unsicherheit jedoch nicht aus dem Weg gehen, und wo Experten noch die Widersprüche ihrer Modell gewichten, entscheidet sie notgedrungen pragmatisch. Allen Unsicherheiten zum Trotz beruhte ja nicht nur die deutsche Krisenpolitik von 2008/9 auf einer recht verbindlichen Interpretation der Lage: Sie ging davon aus, dass der konjunkturelle Einbruch vom energischen Gegensteuern der Notenbanken und Regierungen gedämpft werden konnte. Es ging um eine antizyklische Reaktion, die das Vertrauen wiederherstellen und zugleich die Konjunktur stimulieren sollte. Das galt nicht nur für die Bankenrettung, sondern auch für ebenso unerprobte Instrumente wie die massive Ausdehnung der Kurzarbeit oder die auf die Automobilindustrie

gerichtete Abwrackprämie. Hinter ihnen stand die Hoffnung, dass der historisch außergewöhnliche Einbruch der Exporte nur von kurzer Dauer sein würde.

ZUM VERHÄLTNISS VON POLITIK, WIRTSCHAFT, WISSENSCHAFT UND PLANERN

BpB: War das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Wissenschaft zu anderen Zeiten einfacher?

TS: In der Tat, in der Bundesrepublik der 1960er und frühen 1970er Jahren glaubte man, die wirtschaftliche Entwicklung systematisch planen und präzise steuern zu können. Diese Globalsteuerung wollte die Extreme der konjunkturellen Schwankungen abfedern und die Konjunktur insgesamt im positiven Wachstumsbereich verstetigen. Diese Machbarkeits euphorie prägte damals alle gesellschaftlichen Bereiche und war sowohl in der westlichen Hemisphäre als auch im Ostblock auszumachen. Basis dafür war die Erfahrung der Wiederaufbaukonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg, die in Ost und West zu großen Wohlstandsgewinnen geführt hatte. Spätestens mit dem Ölpreisschock von 1973 folgte darauf jedoch die große Ernüchterung. Im Kern ging es darum, dass sich wissenschaftliche Prognosen als unzuverlässig erwiesen und eine eindeutige und widerspruchsfreie Lageanalyse in der Praxis unmöglich war. Und selbst wenn die Lage aus wissenschaftlicher Sicht eindeutig war, verhielten sich Politiker nicht so rational und uneigennützig, wie sich die Technokratietheorien das ursprünglich vorgestellt hatten. Dies ist die eigentliche Geburtsstunde eines Handlungsmodells, das uns wohlvertraut ist: Marktregulierung. Den Anfang machte die monetaristische Geldpolitik. Die Diskussion darüber begann nicht bei Reagan oder Thatcher, sondern unter Willy Brandt. Und umgesetzt wurde der neue Kurs erstmals von der Bundesbank im Frühjahr 1973.

BpB: Was waren dabei die entscheidenden Erwägungen?

TS: Hintergrund war die Erosion des 1944 geschaffenen Währungssystems von Bretton Woods. Während der Dollar damals mit Gold unterlegt wurde, waren die übrigen westlichen Währungen zu festen Kursen an den Dollar gekoppelt. Das machte Wechselkurse zum Politikum: Es bedurfte politischer Entscheidungen, um sie den Gegebenheiten des Marktes anzupassen. Wer einen dauerhaften Überschuss der Zahlungsbilanz aufwies wie die Bundesrepublik, musste seine Währung immer wieder aufwerten, sich also bewusst dafür entscheiden, seine Exportgüter im Ausland zu verteuern.

DR. TIM SCHANETZKY

Historiker an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Im Gespräch über Wirtschaftskrisen, Planung und staatliche Handlungsmacht in historischer Perspektive.

Weil das politisch unpopulär war und deshalb stets zu spät erfolgte, kam es zu einer importierten Inflation, und Währungsspekulanten schlossen Wetten auf die unvermeidlich bevorstehenden Anpassungen der Wechselkurse ab. Zu Beginn der 1970er Jahre experimentierte man unter dem Druck der Währungsspekulation mit einer zeitweiligen Freigabe der Wechselkurse. Als man die Preisfindung dann im Frühjahr 1973 endgültig dem Markt überließ, war zugleich die wichtigste Voraussetzung geschaffen, um gegen die Geldentwertung einzuschreiten, die schon vor dem Ölpreisschock hoch gewesen war: 1971 lag sie bei fünf Prozent, und auf manchen Märkten lag sie weit darüber. Der Bau einer Sozialwohnung kostete 1972 knapp 50 Prozent mehr als drei Jahre zuvor. Grundidee war, dass künftig der Markt die Wechselkurse regeln soll, nicht die Politiker. Die damalige Debatte ist durchaus vergleichbar mit den heutigen Auseinandersetzungen um politisch festgesetzte Währungsparitäten, etwa zwischen chinesischem Renminbi und amerikanischem Dollar.

BpB: Hat sich das Verhältnis von Staat und Wirtschaft gewandelt?

TS: Die Vertreter des Staates waren damals selbstbewusster. Natürlich gab es auch in den 1960er Jahren mächtige und gut organisierte Lobbygruppen. Aber es fällt schon auf, mit welchem Selbstbewusstsein ein Wirtschaftsminister wie Karl Schiller ihnen entgegentrat. Das lag sicher nicht nur am Wissenschaftsglauben der Zeit, sondern auch an den finanziellen Möglichkeiten. Das hohe Wachstum füllte private und öffentliche Kassen, und dass der Staat wachsen müsse, war eine überall geteilte Überzeugung. Das Stichwort dazu gab John Kenneth Galbraith, als er 1958 von der „Überflussgesellschaft“ sprach und die öffentliche Armut bei privatem Wohlstand anprangerte. Das war auf die USA gemünzt, traf aber auch die westdeutsche Situation. Die massiven Investitionen der 1960er Jahre richteten sich vor diesem Hintergrund vor allem auf die öffentliche Infrastruktur: Universitäten, Krankenhäuser, Schulen, Schwimmbäder, Rathäuser und Kindergärten waren neu zu errichten oder auszubauen. In diesem Sinne war die Glo-

balsteuerung eben auch die passende Steuerungsphilosophie für eine Zeit, in der es viel zu verteilen und zu investieren gab.

BpB: Haben die Planer ihr Zeitfenster genutzt ?

TS: Planer fanden in den 1960er Jahren paradisiische Verhältnisse vor. Die Aufgaben waren zahlreich, der politische Wille unterstützte sie und schuf die gewünschten gesetzlichen Instrumente. Widerstand, etwa in Form von Bürgerinitiativen, gab es noch kaum. Man darf auch nicht vergessen, dass die antizyklischen Konjunkturprogramme vorwiegend auf die staatlichen Investitionen zielten. Wenn etwas gegen den wirtschaftlichen Abschwung getan werden sollte, bedeutete dies: Mehr Fördergeld für mehr Investitionen in Beton. Die allgemeine Machbarkeitseuphorie förderte jedoch eine planerische Hybris, die nicht nur dem Ansehen der Planung selbst auf Dauer geschadet, sondern im Ergebnis auch – wie man hier in Essen-Steele sehen kann – Räume und Infrastrukturen von äußerst fraglicher Qualität produziert hat. Hinzu kam die Erfahrung, dass öffentliche Investitionszyklen anders funktionieren und länger dauern als in der Privatwirtschaft. Bei einem Stadtanierungsprojekt wie hier Steele sind zwanzig Jahre eine realistische Zeitspanne. Viele Eigenarten dieses Projekts sind daher nur mit dem unberechenbaren Auf und Ab der staatlichen Förderung zu erklären.

ANALYSE, EVALUATION UND FINANZPLANUNG

BpB: Inwiefern wird staatliches Handeln evaluiert und einem Monitoring unterworfen ?

TS: Abseits der Wahlen gibt es keine institutionalisierte Erfolgskontrolle, aber wie zentral dieser Aspekt für die Globalsteuerung war, zeigt schon die Arbeit des 1963 eingesetzten Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die „fünf Weisen“ sollten die Wirtschaftsentwicklung und das politische Handeln laufend evaluieren, und dazu stattete man sie vorzüglich aus und verhalf ihnen zu sehr weitreichenden Auskunftsrechten. Entsprechend hoch ist die Qualität ihrer Gutachten, die jedes Jahr im November vorgelegt werden. Daneben kann der Rat – gefragt und ungefragt – Sondergutachten zu speziellen Problemen anfertigen. Er ist also ein diagnostisches Instrument und zugleich als öffentlichkeitswirksame Kontrollinstanz konzipiert. Die Regierung wiederum ist dazu verpflichtet, auf seine Diagnosen zu reagieren und öffentlich darzulegen, welche Therapien sie ergreifen will. Dies geschieht jeden Januar im Jahreswirtschaftsbericht. Mit der Zeit ist diese spezielle Form der Kommunikation immer mehr zum Ritual und in der Öffentlichkeit auf den Austausch zweier

Ziffern reduziert worden: Mitte November schafft es meist nur noch die Wachstumsprognose des Rates und Ende Januar die Prognose der Bundesregierung in die Nachrichten.

BpB: Gibt es vergleichbare diagnostische Instrumente für die EU ?

TS: Ja, es gibt durchaus ein vergleichbares Instrumentarium, zumal die europäische Statistik oder etwa die diagnostischen Instrumente der OECD zur selben Zeit und im selben Geist ausgebaut wurden. Aber man muss auch berücksichtigen, dass die EU eine ganz andere Etatstruktur hat, bei der besonders der Agrarhaushalt sehr dominant ist. Die konjunkturpolitische Manövriermasse war daher immer sehr klein. Historisch betrachtet war Brüssel jedenfalls näher bei Keynes, und der Einfluss der planungsfreudigen Franzosen war dort schon früh spürbar. Bonn stand in dieser Hinsicht immer auf der Bremse – auch als in Bonn die Planungseuphorie grassierte.

BpB: In der EU wird stark untereinander verglichen, wer bezahlt und wer empfängt. Funktionieren dabei die verschiedenen Ebenen gut miteinander?

TS: Die jeweilige Perspektive ist sehr wichtig – bin ich ein Netto-Zahler oder gehöre ich zu den Empfängern? Irland zum Beispiel war über Jahrzehnte ein Empfängerland, das große Teile seiner Infrastruktur durch EU-Mittel finanziert hat, und entsprechend populär ist dort die EU auch in der Bevölkerung. Wenn in der deutschen Provinz ein Projekt mit EU-Mitteln gefördert wird, dürfte demgegenüber der Eindruck vorherrschen, dass eigene Steuermittel lediglich einen Umweg über Brüssel genommen haben. Blickt man auf die anhaltende Kontroverse um den Länderfinanzausgleich oder um die Förderung der neuen Länder, ist dasselbe Phänomen auch innerhalb Deutschlands zu beobachten. Entscheidender scheint mir die Frage zu sein, wie die Auswirkungen von Strukturpolitik generell zu beurteilen sind. In Nordrhein-Westfalen stehen beispielsweise ausgerechnet jene Regionen wirtschaftlich außerordentlich robust da, die sich jahrzehntelang im toten Winkel der Strukturförderung befanden. Gegenüber dem stark geförderten Ruhrgebiet hatten die von der Textilindustrie geprägten Regionen im Norden und Nordosten des Bundeslandes eine schlechtere Ausgangslage. Dort waren die Betriebe kleiner, und der Wegfall vieler Arbeitsplätze betraf vorwiegend Frauen. Die mühsame Arbeit mit dem Mittelstand war zwar nicht so publicityträchtig wie etwa die Ansiedlung von Opel oder Nokia in Bochum, jedoch auf lange Sicht viel nachhaltiger.

RELATIVIERUNG DER PLANBARKEIT

BpB: Hat Planung damit überhaupt Aussicht auf Erfolg?

TS: Ohne Planung geht es gewiss nicht. Wenn ich in historischer Perspektive auf die rasch wechselnden Moden der Planung blicke, macht mich das allerdings skeptisch. Wissenschaftstheoretisch spricht man da von Metonymien: Ein als neu oder wichtig erachteter Einzelaspekt wird zum Schlüsselbegriff verallgemeinert – sei es in der „Risikogesellschaft“, in der „postindustriellen Gesellschaft“ oder bei der Behauptung eines „Zeitalters der Beschleunigung“. Um die Jahrtausendwende herum war in diesem Sinne die „Kultur“ das große Thema im Standortwettbewerb. Überall hatten die Entscheidungsträger offenbar Saskia Sassens Arbeit über die „Global City“ gelesen, und entsprechend wurde in Philharmonie- oder Museumsneubauten investiert. Ein Konzerthaus macht aus Bochum aber noch keine „Global City“.

BpB: Gibt es heute eine erkennbare Investitionssagenda und findet Ihrer Meinung eine ausreichende Debatte dazu statt ?

TS: Zunächst finde ich es aufschlussreich, dass sich das Motiv der „leeren öffentlichen Kassen“ offenbar verselbständigt hat und daher auch in Zeiten eines globalen Haushaltsüberschusses verwendet wird. Zwar wird immer wieder über abstrakte Verteilungsmechanismen diskutiert, und auch die verschleppte Instandhaltung der oft aus den 1960er Jahren stammenden öffentlichen Infrastruktur wird zumindest auf der Ebene der Symptome thematisiert. Was heute als Allgemeinwohl zu gelten hat, wer in der Gesellschaft dazu auf welche Weise beitragen sollte, welche Bedürfnisse Vorrang haben – eine solche Debatte ist aber nicht in Sicht. Zuletzt gab es sie wohl im Rahmen der Wiedervereinigung, wo hinsichtlich der Angleichung von Lebensbedingungen klare Ziele und Zeitpläne formuliert wurden. Dass seither beispielsweise jede Diskussion über die offensichtlichen Fehlsteuerungen des Solidarpakts schon in den Anfängen stecken bleibt, spricht Bände. Jeder weiß, dass politische Entscheidungen, die vor über zwanzig Jahren getroffen wurden, inzwischen dazu führen, dass strukturschwache und überschuldete Westkommunen die wirtschaftlich starken Ost-Regionen mitfinanzieren – dennoch wird jede ehrliche Diskussion mit dem Totschlagargument „Neid-Debatte“ beendet.

BpB: Wie kann man die aktuellen Diskussionen um Großprojekte in diesem Kontext einordnen ?

TS: Abseits von journalistischen Wortschöpfungen

wie den „Wutbürgern“ kann ich keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den frühen siebziger Jahren erkennen, wo der eigentliche Einschnitt zu ziehen ist. Davor konnten große Projekte im Sinne des Fortschritts relativ reibungslos umgesetzt werden. Zwar gab es auch damals schon eine Umweltbewegung, die sich beispielsweise im Ruhrgebiet gegen die akut gesundheitsgefährdende Luftverschmutzung wandte. Aber große Projekte ließen sich bis in die siebziger Jahre ohne große Debatten auch dann umsetzen, wenn sie viele Bürger unmittelbar betrafen. Bei der Stadtsanierung von Essen-Steele wurden beispielsweise über 4.000 Menschen umgesiedelt, und dagegen gab es keinen öffentlichen Widerstand. Nur wenige Jahre später schossen Bürgerinitiativen wie die Pilze aus dem Boden: Bald gab es im Ruhrgebiet fast 80 Gruppen, die sich gegen den Abriss von Arbeitersiedlungen wandten. Seither stellt sich das grundlegende Problem, wie individuelle Betroffenheit und öffentlicher Einspruch gegenüber Beschlüssen zu gewichten sind, die in transparent-demokratischen Verfahren zustande kamen. Strukturell kann ich da keinen Unterschied zwischen dem Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf und dem heutigen Stuttgarter Bahnhofsbau erkennen. Und damals wie heute ist es so, dass formelle Verfahren, mit denen Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeit bei Planung und Genehmigung hergestellt werden sollen, nur funktionieren, wenn es dazu einen politischen Willen gibt. Und an dem mangelt es nur zu oft.

BpB: Wie sollte man auf den Hinweis zur Konkurrenz von Staaten reagieren, die es Großprojekten und Investoren leichter machen, da dort Entscheidungen schnell und unbürokratisch getroffen werden?

TS: Ich kann verstehen, warum Planer sich von einem Umfeld angezogen fühlen, in dem sie ihre Ideen reibungslos umsetzen können. Ganze Städte aus einem Guss zu entwerfen und sie dann noch ohne Offenlegungspflichten für Bebauungspläne, Bürgerbeteiligung oder jahrelange Verwaltungsgerichtsverfahren binnen Monaten errichtet zu sehen, ist gewiss reizvoll. Ich habe aber noch nicht gehört, dass sich diese Planer mit ihren Familien dort auf Dauer niederzulassen gedenken. Auch Planer schätzen also die Freiheitsgrade unserer Gesellschaft, in der im Zweifel Parlamente und Gerichte darüber zu befinden haben, was im Interesse des Allgemeinwohls von Einzelnen hinzunehmen ist und was nicht. Richtig ist allerdings auch, dass Einzelinteressen mitunter zurücktreten müssen, auch wenn das schmerzt. Wer sich im Frankfurter Süden ein Haus gekauft hat und mit dem Ausbau des Flughafens und der Änderung der Anflugschneisen nun plötzlich unmittelbar vom Fluglärm betroffen

ist, ist zu Recht wütend. Seine Ruhe ist gestört, und sein Eigentum verliert an Wert. Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung des Flughafens für die Region werden sich solche Belästigungen aber nicht vermeiden lassen. Und in nicht wenigen Fällen gab es den Flughafen auch schon, als die Häuser gebaut oder gekauft wurden.

LEBEN MIT HISTORISCHEN UNTERSCHIEDEN

BpB: Was wäre eine geschichtswissenschaftliche Botschaft an die heutige Generation von Planern und Entscheidern?

TS: Als Historiker plädiere ich nachdrücklich für Bescheidenheit. In unseren Breiten sind die Plangebiete und ihre Strukturen über Jahrzehnte, oft über Jahrhunderte gewachsen. Das gilt es bei jeder Planung zu berücksichtigen. Gleiche Lebensbedingungen anzustreben, halte ich demgegenüber für eine Idee, die es inzwischen selbst zu historisieren gilt. Sie verkörpert die Ideen und Machbarkeitsvorstellungen einer ganz bestimmten Epoche. Historisch gewachsene Unterschiede zu akzeptieren, dürfte für die Zukunft der sinnvollere Weg sein. Er ermöglicht mehr Diversität und letztlich die nachhaltigeren Strukturen. Ein seit Jahrhunderten dünn besiedelter Landkreis in Mecklenburg ist nicht gleichzusetzen mit einem Landkreis in Südhessen, in dem sich über Jahrzehnte die Deutschland-Niederlassungen internationaler Konzerne angesiedelt haben. Das Ruhrgebiet funktioniert anders als die Region Basel. Hinzu kommt, dass manche Entwicklungen ungeplant oder anders als prognostiziert ablaufen – wie schnell sich der Trend zur Reurbanisierung und der Zug in die Großstädte durchsetzen würde, war ja noch vor 15 Jahren kaum absehbar.

AM RHEIN

BpB: Inwiefern kann ein gemeinsamer räumlicher Kontext wie der Rhein zu gemeinsamen regionalen Strategien führen ?

TS: Sicher ist der Rhein eine wichtige räumliche Klammer, der den Anrainern zu einer gemeinsamen Infrastruktur und gemeinsamen Interessen verhilft. Das hat auch eine wirtschaftshistorische Dimension, wenn Sie bedenken, dass der Rhein seit je eine der wichtigsten Transportrouten Europas war. Auch gab es zwischen der Chemieindustrie in Basel, Ludwigshafen und Frankfurt schon immer einen Austausch von Fachkräften. Vor allem ist der Rhein im Moment aber ein starkes semantisches Konzept, das Verbindungen strukturiert – denken Sie an Ideen wie den „Rheinischen Kapitalismus“. Angesichts der Vielzahl von „Rheinkonferenzen“ müsste man mit Blick auf die planerische Realität wohl auch

immer die Gegenprobe machen: Unterscheiden sich vergleichbare Gebietstypen am Rhein – also zum Beispiel stark agrarisch geprägte Regionen oder Industriegebiete – wesentlich von grundsätzlich vergleichbaren Gebieten, die anderswo liegen?

DIE BILLIONENFRAGE:

BpB: Eine letzte hypothetische Frage: Aktuelle Kalkulationen zum Investitionsstau beziffern den öffentlichen Investitionsstau allein in Deutschland auf eine Billion Euro. Angenommen, wir könnten über diesen Betrag verfügen: Was wäre eine ideale Investitionsagenda?

TS: Diese Agenda kann kein Einzelner entwerfen. Sie müsste das Ergebnis eines Prozesses sein, in dessen Mittelpunkt eine Debatte zur Differenzierung der Herausforderungen sowie eine echte und transparente Bedürfnisprüfung stehen. Nach dem Gießkannenprinzip, das gleichartige Lebensverhältnisse herstellen soll, kann es dann nicht gehen. Noch entscheidender ist aber doch die Frage, woher genau die Billion eigentlich kommen soll. Die politische Diskussion vermeidet bislang jede ehrliche Konfrontation. Woher sollen wir das Geld nehmen, wenn wir uns gleichzeitig den Luxus erlauben, über Steuersenkungen zu debattieren? Die Unternehmenssteuersätze sind um die Jahrtausendwende halbiert worden, und die tatsächliche Steuerlast liegt noch niedriger. Wer Investitionen überwiegend aus der Einkommen- oder Mehrwertsteuer finanzieren will, sollte das auch öffentlich bekennen. Und vor dem Hintergrund einer chronischen Unterfinanzierung des Staates wird man beispielsweise die Handhabung der Erbschaftssteuer nur als frivol bezeichnen können – jedenfalls dann, wenn man die bürgerliche Idee ernst nimmt, dass die eigene Leistung den Ausschlag für die gesellschaftliche Position geben sollte. Internationaler Steuerwettbewerb kann keine Ausrede sein, die den fahrlässigen Umgang mit dem eigenen Verteilungs- und Gesellschaftsmodell rechtfertigt. Ehe sich die Billionenfrage überhaupt stellt, muss zunächst also über das „Was und wohin“ diskutiert werden.

Interview

durch Helmut Thöle und Matthias Rottmann am 01. Juli 2013 in Essen Steele.